

## ***N i e d e r s c h r i f t***

über die Sitzung des Gemeinderates der Marktgemeinde Grafenstein, am Donnerstag, dem 26. Juni 2025 im Hambruschsaal.

Beginn: 19.00 Uhr

**Anwesende:** Bgm. Mag. Stefan Deutschmann  
Vzbgm. Valentin Egger

Friedrich Pribasnig  
Mag. Peter Ruttnig  
Stefan Michor  
Theresia Lauer  
Thomas Hofbauer  
Valentin Michor  
Johann Karner  
Peter Schwagerle  
Josef Maurel

Nina Maurel  
Peter Struger  
Helmut Nikel  
Alexander Brummer  
Jürgen Lassnig  
Oliver Kritzler, MSc.  
Hermann Drössel  
Alois Wolf

Entschuldigt: Vzbgm. DI Markus Tschishej  
Klaus Pinter  
Marianne Edlacher

Ersatz: Peter Schwagerle  
Oliver Kritzler, MSc.  
Alois Wolf

Amtsleiter: Ing. Mag. Andreas Tischler  
Finanzverwalter: Michael Holzer  
Schriftführerin: Andrea Schnögl

Die Sitzung wurde vom Bürgermeister ordnungsgemäß unter Beachtung der Bestimmungen der K-AGO und der GO, unter Bekanntgabe der Tagesordnung auf den gegenwärtigen Zeitpunkt einberufen.

Hinweis: Diese Niederschrift enthält zu den einzelnen Tagesordnungspunkten die gestellten Anträge, die Abstimmungsergebnisse und die zur Beschlussfassung wesentlichen, dem Sinne nach wiedergegebenen Diskussionsbeiträgen bzw. wörtlich geforderten Zitierungen.

Sitzungsverlauf:

Der Bürgermeister begrüßt die Damen und Herren des Gemeinderates sowie die anwesenden Zuhörer, eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

**Tagesordnung:**

## 1. Fragestunde

Es sind keine Anfragen eingelangt.

## 2. Bestellung der Protokollfertiger

Als Protokollfertiger wurden Hr. Johann Karner und Hr. Jürgen Lassnig vorgeschlagen.

***Abstimmung: einstimmig***

## 3. Bericht des Landwirtschaftsausschusses

Hr. Pribasnig berichtet von der Ausschusssitzung für Landwirtschaft und Energie am 15. Mai 2025:

Der Gemeinderat nimmt den Bericht zur Kenntnis.

## 4. Bericht des Kontrollausschusses

Hr. Mag. Ruttnig verliest die Niederschrift der Sitzung des Kontrollausschusses vom 25. Juni 2025:

Hr. ÖR Bgm. Mag. Deutschmann bedankt sich für den Bericht sowie die Tätigkeit des Kontrollausschusses.

## 5. Bilanz Bestattung Grafenstein

Hr. Mag. Ruttnig gibt einen Überblick zur Bilanz 2024 der Bestattung Grafenstein:

Die Jahresbilanz 2024 wurde vom Bestattungsausschuss in der Sitzung am 24. Juni 2025 genehmigt.

Es wurde einstimmig der Beschluss gefasst in der nächsten Gemeinderatssitzung die Genehmigung der Jahresbilanz und die Entlastung des Bürgermeisters und des Geschäftsführers zu beantragen.

Der Jahresabschluss 2024 wurde durch das Steuerberatungsbüro Convisio erstellt.

Hr. Nickel stellt als Obmann des Bestattungsausschusses folgende Anträge:

### **Antrag 1:**

*Der Bestattungsausschuss stellt aufgrund des einstimmigen Beschlusses vom 24. Juni 2025 den Antrag auf Genehmigung der Bilanz 2024 der Bestattung Grafenstein an den Gemeinderat.*

**Abstimmung: einstimmig**

### **Antrag 2:**

*Der Bestattungsausschuss stellt aufgrund des einstimmigen Beschlusses vom 24. Juni 2025 den Antrag auf Entlastung des Bürgermeisters, Hr. ÖR Mag. Stefan Deutschmann für das Geschäftsjahr 2024.*

**Abstimmung: einstimmig**

### **Antrag 3:**

*Der Bestattungsausschuss stellt aufgrund des einstimmigen Beschlusses vom 24. Juni 2025 den Antrag auf Entlastung des Geschäftsführers der Bestattung Grafenstein, Hr. Alfred Raunjak für das Geschäftsjahr 2024.*

**Abstimmung: einstimmig**

## 6. Finanzierungspläne

Hr. Bgm. ÖR Mag. Deutschmann informiert:

- **Sanierung Straße Aich - Fischern**

(1612033)

Ausgaben:	Euro
Sanierung Straße	300.000,00

Einnahmen:	
KIG 2023	76.000,00
ÖBB (Erhaltungskosten, Ablösen)	136.000,00
Landesförderung	88.000,00

**Diskussion:**

*Hr. Drössel fragt nach, ob für die Sanierung der Straßen somit der Gemeinde keine Kosten entstehen.*

*Hr. Bgm. ÖR Mag. Deutschmann teilt mit, dass es als sinnvoll erachtet wird die Einnahmen durch die ÖBB dafür aufzuwenden, anstatt dieses Geld für andere Dinge einzusetzen.*

**Antrag:**

*Der Gemeindevorstand stellt aufgrund des einstimmigen Sitzungsbeschlusses vom 17.06.2025 den Antrag auf Beschlussfassung des vorstehenden Finanzierungsplanes.*

**Abstimmung: einstimmig**

- **Ankauf FF Fahrzeug** (1163010)

Ausgaben: Euro	
Fahrzeugkauf	164.800,00

Einnahmen:	
Förderung K-Feuerwehrverband	60.400,00
Rücklagenentnahme FF	32.000,00
Rücklagenentnahme Gewerbef.	72.400,00

**Antrag:**

*Der Gemeindevorstand stellt aufgrund des einstimmigen Sitzungsbeschlusses vom 17.06.2025 den Antrag auf Beschlussfassung des vorstehenden Finanzierungsplanes.*

**Abstimmung: einstimmig**

## 7. Bilanz GKI GmbH

Hr. AL Ing. Mag. Tischler präsentiert die Bilanz 2024 der Grafensteiner Kommunal Infrastruktur GmbH:

**AL Ing. Mag. Tischler verlässt während der Abstimmung den Sitzungssaal.**

**Antrag:**

*Der Gemeindevorstand als Aufsichtsrat stellt aufgrund des einstimmigen Sitzungsbeschlusses vom 17.6.2025 an die Generalversammlung den Antrag auf Genehmigung der Bilanz der GKI GmbH 2024.*

**Abstimmung: einstimmig**

**Antrag:**

*Der Gemeindevorstand als Aufsichtsrat stellt aufgrund des einstimmigen Sitzungsbeschlusses vom 17.6.2025 an die Generalversammlung den Antrag auf Entlastung des Geschäftsführers Mag. Andreas Tischler für das Jahr 2024.*

**Abstimmung: einstimmig**

*Hr. Drössel regt an die Vermietung der Hambruschsäle zu forcieren.*

*Hr. Vzbgm. Egger möchte festhalten, dass man froh sein kann, dass im Gemeindegebiet solche Räumlichkeiten zur Verfügung stehen. Eine Vermietung unter der Woche sieht er etwas schwierig.*

*Hr. Maurel richtet die Frage an Hr. Drössel, ob es seinerseits konkrete Vorschläge gäbe, wie man die Vermietung der Hambruschsäle unter der Woche ankurbeln könnte.*

- **Mietpreisanpassung**

Es wird vorgeschlagen nachstehende Mietpreisanpassung per 1.7.2025 zu beschließen:

Anpassung Mietpreise Veranstaltungssäle:

Kleiner Saal inkl. Cateringbereich	(200)	€	220,--
Mittlerer Saal	(300)	€	330,--
Großer Saal	(410)	€	450,--
Nutzung Cateringbereich	(140)	€	160,--
Gesamtes Haus	(730)	€	850,-

**Antrag:**

*Der Gemeindevorstand als Aufsichtsrat stellt aufgrund des einstimmigen Sitzungsbeschlusses vom 17.6.2025 an die Generalversammlung den Antrag auf Anpassung der Mietpreise wie vorstehend.*

**Abstimmung: einstimmig**

## 8. Dienstbarkeitsvereinbarung Kärnten Netz

Seitens der Kärnten Netz GmbH wurde die nachstehende Dienstbarkeitsvereinbarung im Zusammenhang mit der Verlegung der 20kV Leitung zur Genehmigung vorgelegt.

Leitung:

20-kV-Leitung 1/20/13a Trafostation Grafenstein Moritzmühle - Grafenstein Kaiserallee

Im Folgenden kurz „Anlage“ genannt.

### Vereinbarung

abgeschlossen zwischen der

KMG-Kärnten Netz GmbH (FN 246061d) im Folgenden kurz "KMG" genannt und der  
KELAG-Kärntner Elektrizitäts-Aktiengesellschaft (FN 99133a) im Folgenden kurz "KELAG" genannt, beide  
Arnulfplatz 2, 9020 Klagenfurt am Wörthersee,

einerseits und des/die Grundeigentümer/in

Marktgemeinde Grafenstein			Grafenstein Hauptstraße 49, 9131 Grafenstein
Nr. und Name	Ortschuldistrikt	Abgabende Nr. / 20 kV	Adresse

(im Folgenden kurz „der Grundeigentümer“ genannt), andererseits

unter Beistand des/der zu nachstehend genannter Grundbucheinlage, Buchberechtigten

Nr. und Name	Ortschuldistrikt	Adresse

wie folgt:

Die KMG plant die Errichtung ob genannter Anlage. Die dazu erforderlichen behördlichen Bewilligungen werden von Seiten der KMG gesondert eingeholt. Für die Grundinanspruchnahme wird dazu Nachstehendes vereinbart:

1. Für die Inanspruchnahme von Grundstücken räumt der Grundeigentümer hiermit für sich und seine Rechtsnachfolger im Eigentum der nachgenannten Grundstücke, der KELAG und der KMG und deren Rechtsnachfolgern das dingliche Recht der Dienstbarkeit

20-kV-Leitung 1/20/13a Trafostation Grafenstein Moritzmühle - Grafenstein Kaiserallee

ein, in dem im – einen integrierenden Bestandteil dieses Vertrages bildenden – Lageplan NP-Pvk 19/24 vom 06.03.2025 ersichtlichen Verlauf mit einem Dienstbarkeitsbereich von jeweils 1m beiderseits der Leitungsrinne, samt Gef- und Zufahrtsrecht, auf folgenden Grundstücken:

Grundstück(e) Nr.:	Katastralgemeinde (KG)	EZ	Grundbuch (GB)	Anlage(n)
524/13	Grafenstein (72113)	118	Grafenstein (72113)	Leitungsanlage

und das Recht, die Anlage zum Zwecke der Übertragung von Energie und der für die betriebliche Nutzung erforderlichen Kommunikation (wie z.B. zum Zwecke der Mess-, Schalt-, Steuer- und Datenübertragung u. dgl.) zu errichten, dazu die fertiggestellte Anlage zu betreiben, zu überprüfen, instandzuhalten, zu erneuern, aus- und umzubauen, die diese Arbeiten, sowie den sicheren Bestand der Anlage hindern oder gefährdenden Bäume, Sträucher und Äste zu entfernen und zu all diesen Zwecken die ihm gebührenden Grundstücke durch die hierzu bestellten Personen zu betreten und zu befahren.

2. Der Grundeigentümer verpflichtet sich, für sich und seine Rechtsnachfolger die Errichtung, den Bestand und den Betrieb dieser Anlage samt allen Arbeiten und Vorkehrungen im angeführten Umfang zu dulden und alles zu unterlassen, was eine Beschädigung oder Störung der Anlage zur Folge haben könnte. Die Ausführung von Baulichkeiten (Hoch- und Tiefbauten aller Art, Wasserleitungen u. dgl.) innerhalb des Dienstbarkeitsbereiches ist nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung durch KELAG und KMG und bei Einhaltung der geltenden gesetzlichen Bestimmungen und Normen zulässig. Der Grundeigentümer verpflichtet sich, für sich und seine Rechtsnachfolger, diese Rechte auch allen Rechtsnachfolgern von KELAG und KMG einzuräumen. Der Grundeigentümer hat seine Pflichten auch allfälligen Bestandnehmern (Pächtern, Mietern u. dgl.) und sonstigen Nutzungsberechtigten an den vorstehend angeführten Grundstücken zur Kenntnis zu bringen.

3. Der o.a. Grundeigentümer und des/der o.a. Buchberechtigte/n erteilt/erteilen seine/ihre ausdrückliche Einwilligung, dass die Dienstbarkeit gemäß Punkt 1. und 2. dieses Vertrages über alleiniges Ansuchen der KELAG zu Gunsten der KELAG und der KMG und deren Rechtsnachfolgern im Grundbuch der Liegenschaft als dem dienenden Gut auf Kosten der KMG einverleibt werden. Die Berechtigten nehmen dieses Recht hiermit ausdrücklich an.

4. Als Bemessungsgrundlage für die Rechtseinkerbung wird ein einmaliger Betrag in der Höhe von Euro 120,00 zuzüglich gesetzlicher USt, (0%, 10%-20%) festgelegt. Sämtliche durch die Anlage(n) verursachten wirtschaftlichen und vermögensrechtlichen Nachteile werden gesondert geregelt (Entschädigungsvereinbarung) und mittels einmaliger Zahlung abgegolten. Die Entschädigungszahlung unterliegt gemäß § 107 EStG bzw. § 24 Abs. 7 KStG der Abzugsteuer.

Nach Bezahlung des einmaligen Entgeltes für die Grundaneignungnahme samt Rechtseinkerbung hat der Grundeigentümer gegen die Berechtigten aus diesem Titel keine wie immer gearteten Ansprüche. Hiermit ist der Grundeigentümer auch hinsichtlich jener Bäume und Aste entschädigt, die als Nacheruchs künftighin zwecks Freihaltung des Schutzbereiches eventuell entfernt werden müssen.

Flurschäden, die im Zuge der Anlagenerrichtung oder auch später bei Instandhaltungs- oder Reparaturarbeiten entstehen, sind gesondert abzugelten.

5. Diese Vereinbarung wird auf die Dauer des Bestandes der oben genannten Anlage abgeschlossen.

6. Die Kosten für in Anspruch genommene Beratungen, Rechtsbeistände, Rechtsvertretungen und dergleichen trägt jeder Vertragspartner selbst.

7. Die mit der Ausfertigung dieser Vereinbarung verbundenen Kosten und Abgaben trägt die KfNG.

8. Es wird festgehalten, dass diese Vereinbarung in der Weise errichtet wurde, dass die veränderlichen Angaben in dieser Urkunde vor Unterfertigung in ein vorgegedrucktes Formular eingesetzt wurden. Die bei der Ausfüllung dieses Vordruckes vorgenommenen Streichungen und Ergänzungen entsprechen dem Willen der Unterfertigten. Diese Vereinbarung wird in einer Ausfertigung ausgestellt, die in Verwahrung der KfNG verbleibt. Der Grundeigentümer und die KfNG erhalten eine Abschrift.

Klagenfurt am Wörthersee, am

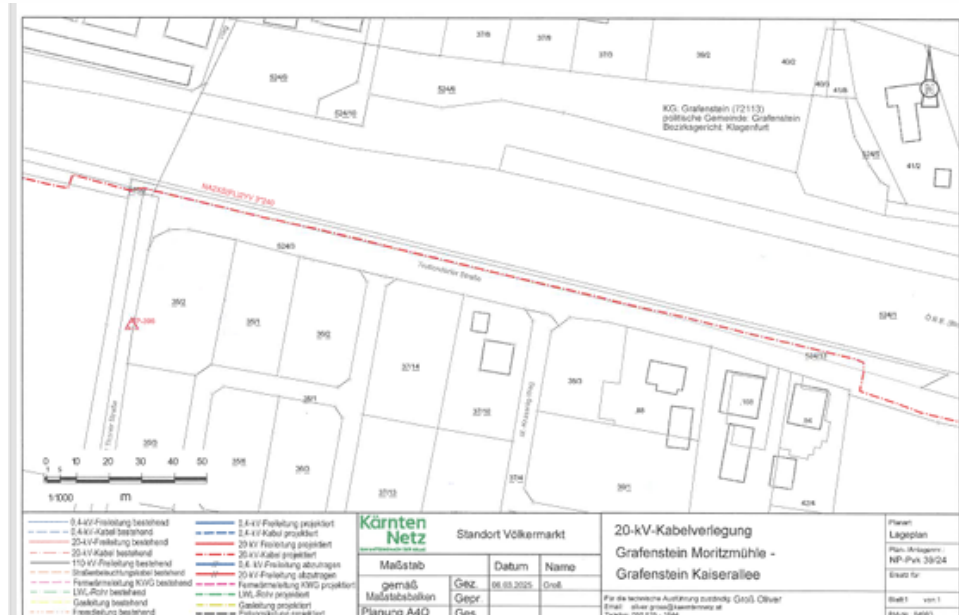
Klagenfurt am Wörthersee, am

KfNG-Kärntner Elektrizitäts-Aktiengesellschaft  
(FN 188133d)

KfNG-Kärntner Netz GmbH  
(FN 366561d)

Grundlegensunterschrift	Geburtsdatum	Ort	Datum
-------------------------	--------------	-----	-------

Rechtsberechtigter	Geburtsdatum	Ort	Datum
--------------------	--------------	-----	-------



**Antrag:**

Der Gemeindevorstand stellt aufgrund des einstimmigen Sitzungsbeschlusses vom 17.6.2025 den Antrag auf Genehmigung der vorstehenden Vereinbarung.

**Abstimmung: einstimmig**

## 9. Abschluss von privatrechtlichen Vereinbarungen

Partnerschaftsvertrag

Gemeinde Grafenstein

# PARTNERSCHAFTSVERTRAG

abgeschlossen zwischen

VERBUND Green Power Österreich GmbH  
FN 369207b HG Wien  
Am Hof 6a  
1010 Wien

(in der Folge kurz „VGP“ genannt)

und der

Gemeinde Grafenstein  
Hauptstraße 49  
9131 Grafenstein

(in der Folge kurz „Gemeinde“ genannt)

einzelnen oder beide gemeinsam im Folgenden kurz „Partner“ genannt



### I. Präambel

- (1) Die VGP beabsichtigt eine Freiflächen-Photovoltaikanlage inklusive Trafos, Strom- & Datenkabeln sowie Zuwegung (im Folgenden kurz „PV-Anlage“) im Gebiet der Gemeinde zu errichten und in weiterer Folge zu betreiben (im Folgenden kurz „Projekt“).
- (2) Mit Abschluss dieses Partnerschaftsvertrags (im Folgenden kurz „Vertrag“) soll der Grundstein für eine wechselseitig nachhaltige, gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen der Gemeinde und der VGP (im Folgenden kurz „Partnerschaft“) gelegt werden. Klarstellend wird festgehalten, dass diese Vereinbarung nur privatwirtschaftliche Maßnahmen der Gemeinde als Grundstückseigentümerin erfasst.
- (3) Bei der Projektumsetzung wird die VGP nach Möglichkeit und unter Berücksichtigung der rechtlichen Rahmenbedingungen versuchen, lokale Betriebe zur Unterstützung einzubinden sowie Planung, Bau und Betrieb der PV-Anlage möglichst schonend durchzuführen.

### II. Projektinformation

- (1) Die VGP wird auf Wunsch der Gemeinde und je nach dem Informationsbedürfnis der Einwohner, Bürgerinformationsveranstaltungen durchführen. VGP wird weiters die Gemeinde in der Öffentlichkeitsarbeit und in allfälligen Prospekten berücksichtigen und sich um eine einvernehmliche Darstellung bemühen.
- (2) VGP und die Gemeinde kommen überein, allfällige Fragen und Probleme während der gesamten Bau- und Betriebsdauer der PV-Anlage gemeinschaftlich zu beraten, um die um, soweit möglich und rechtlich zulässig, eine konsensuale Lösung herbeiführen zu können.
- (3) Die Gemeinde wird das Vorhaben der VGP, einschließlich der damit verbundenen Informationsmaßnahmen für die Bürger, im Rahmen ihrer Möglichkeiten und soweit rechtlich zulässig, durch vertrauensbildende Maßnahmen positiv begleiten und bestmöglich unterstützen.
- (4) Festgehalten wird, dass das Recht der VGP, von der Gemeinde Umweltinformationen anzufordern, von diesem Vertrag nicht beeinträchtigt wird. Davon umfasst sind beispielsweise Auskünfte zu Umwidmungsverfahren.

### III. Nutzung der Verkehrsinfrastruktur

- (1) Für Planung, Bau und Betrieb der PV-Anlage wird die gemeindeeigene oder in ihrer Verwaltung stehende Verkehrsinfrastruktur durch die VGP in Anspruch genommen werden. Die Benutzung der Verkehrsinfrastruktur (Straßen und Wege samt dazugehörigen Einrichtungen wie Brücken, Bankett etc.) erfolgt unter anderem auch durch Sonderschwertransportfahrzeuge, womit jedenfalls die Nutzung über den gewöhnlichen Gemeingebrauch hinausgeht.
- (2) Die Gemeinde gestattet der VGP und den von ihnen beauftragten Unternehmen daher die gemeindeeigenen Grundstücke, Straßen und Wege samt dazugehörigen Einrichtungen für Planung, Bau und Betrieb inklusive Wartung der PV-Anlage einschließlich aller Nebenanlagen mit Fahrzeugen aller Art insbesondere Sonderschwertransportfahrzeugen zu benutzen und zu befahren.
- (3) Allenfalls für Planung, Bau oder Betrieb der PV-Anlage notwendige Ertüchtigungen der Verkehrsinfrastruktur wie beispielsweise Wegverbreiterungen, Tragfähigkeitssteigerungen, oder die Errichtung von Wegetrompeten, erfolgen durch die VGP auf eigene Kosten. Die Gemeinde wird erforderliche Ertüchtigungen der

Verkehrsinfrastruktur, soweit möglich und rechtlich zulässig, unterstützen. Diese Ertüchtigungen der Verkehrsinfrastruktur gehen nach Fertigstellung entschädigungslos in das Eigentum der *Gemeinde* über, wobei VGP keine Erhaltungspflicht trifft.

- (4) Die *Gemeinde* hat geplante Änderungen im gemeindeeigenen Straßennetz (Auflassung einzelner Straßen oder Wege bzw. von Teilstücken eben dieser), die für die Planung, Bau oder Betrieb der *PV-Anlage* relevant sein können, der VGP mindestens 6 Monate vor Beginn der Herstellung der jeweiligen Änderung schriftlich bekannt zu geben. Dies gilt jedoch nicht für kurzfristig aus straßenpolizeilichen Gründen verhängte Sofortmaßnahmen wie Straßensperren auf Grund von Überschwemmung, Muren, Felssturz, Demo und dergleichen. Davon ist aber die VGP unverzüglich telefonisch zu verständigen.
- (5) Bei einer allfälligen Weitergabe oder Veräußerung von gemeindeeigenen Verkehrsflächen an Dritte besteht für die *Gemeinde* die Verpflichtung, die vertragsgegenständlichen Rechte der VGP an den neuen Eigentümer nachweislich vertraglich zu überbinden.

#### IV. Inanspruchnahme von Gemeindegrund

- (1) Für den Betrieb der *PV-Anlage* ist es notwendig, Kabel (insbesondere Strom- und Kommunikationskabel) zu verlegen, zu betreiben und zu erhalten. Diese werden unter anderem auch auf Gemeindegrund verlegt werden (zB Straßenbankett, Gemeindeflächen). Die konkret betroffenen Grundstücke und das genaue Ausmaß der benötigten Flächen stehen jedoch zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht fest, weshalb gemäß Artikel V. gesonderte Vereinbarungen getroffen werden.
- (2) Sobald die Detailplanungen hinsichtlich der *PV-Anlage* abgeschlossen sind, verständigt die VGP davon unverzüglich die *Gemeinde* und wird dieser die notwendigen Dokumente für die grundbücherlich sicherzustellenden Grundstücksnutzungen zur Verfügung stellen. Die *Gemeinde* wird die dafür notwendigen Beschlüsse des Gemeinderats und allfälligen Genehmigungen der Aufsichtsbehörde einholen.

#### V. Duldung

- (1) Nachdem alle notwendigen Voraussetzungen durch die *Gemeinde* erfüllt sind, werden die *Gemeinde* und die VGP gesondert Vereinbarungen zur Einräumung von Nutzungsrechten und Dienstbarkeiten (Leitungsrechte, Flächennutzung etc.) rechtsverbindlich und notariell beglaubigt unterfertigen, um die grundbücherliche Sicherstellung der Dienstbarkeiten zu Gunsten der VGP zu ermöglichen.

#### VI. Beeinträchtigungen

- (1) Durch den Bau und den Betrieb der *PV-Anlage* kann das Landschafts- und das Ortsbild der *Gemeinde* sowie der Erholungswert negativ beeinträchtigt werden. Durch die *PV-Anlage* entsteht gegebenenfalls auch eine gewisse Einschränkung der Entwicklungsmöglichkeiten der *Gemeinde*, durch alternative Widmungszwecke (zB als Gewerbegebiet), wodurch der *Gemeinde* alternative Kommunaleinnahmen entgehen können.
- (2) Somit hat die *Gemeinde* durch Bau und Betrieb der *PV-Anlage* immaterielle und materielle Nachteile zu tragen, deren pauschale Abgeltung durch finanzielle Ausgleichsmaßnahmen in diesem Vertrag abschließend geregelt wird.

#### VII. Nachteilsausgleich

- (1) Die durch Planung, Bau und Betrieb der *Gemeinde* im Rahmen der Privatwirtschaftsverwaltung entstehenden Aufwände und möglichen Nachteile durch die



*PV-Anlage* und die damit verbundenen Planungs-, Bau- und Betriebsmaßnahmen, insbesondere jene gemäß Artikel III. und VI., für die übergebührlige Benutzung von gemeindeeigener Verkehrsinfrastruktur und gegebenenfalls Einschränkung der Entwicklungsmöglichkeiten der Gemeinde durch alternative Widmungszwecke (zB. als Gewerbegebiet), wodurch der Gemeinde alternative Kommunaleinnahmen entgehen können sowie weitere Leistungen der Gemeinde werden gesamthaft durch die in den folgenden Absätzen beschriebenen *Finanzierungsmittel* pauschal ausgeglichen und der Gemeinde durch VGP abgegolten.

- (2) Der Ausgleich stellt für die Gemeinde nicht rückzahlbare Mittel (in weiterer Folge „*Finanzierungsmittel*“) dar, die ein einmal jährlich bezahlt werden. Die Finanzierungsmittel betragen jährlich € 1.900,00 (in Worten: Euro Eintausendneuhundert, null Cent) pro ha Projektgebiet.
- (3) Die *Finanzierungsmittel* unterliegen ausdrücklich einer Wertsicherung ab Vertragsabschluss gemäß dem von der Statistik Austria verlautbarten Verbraucherpreisindex 2020 bzw. Nachfolgeindex.
- (4) Grundlage für die Berechnung der Wertsicherung ist die für Oktober des Vertragsabschlussjahres verlautbarte Indexzahl des Verbraucherpreisindex 2020. Die *Finanzierungsmittel* erhöhen sich jährlich in jenem Ausmaß, in dem sich die Indexzahl für Oktober des vorangegangenen Jahres gegenüber der Basiszahl des Vertragsabschlussjahres verändern.
- (5) Die Verpflichtung zur Zahlung der jährlichen *Finanzierungsmittel* beginnt mit der Inbetriebnahme der jeweiligen *PV-Anlage* und endet mit dem vollendeten Abbau der oberirdischen Anlagenteile derselben. Für Rumpffahre steht der Gemeinde der aliquote Anteil des Jahresbetrags (in Zwölftel) zu.
- (6) Allenfalls von der VGP auf Grund landesgesetzlicher Vorschriften zu leistende Gemeindeabgaben (insbesondere Gebrauchsabgaben) werden von den *Finanzierungsmitteln* in Abzug gebracht.

#### VIII. Pflichten der VGP

- (1) Die VGP verpflichtet sich, alle erforderlichen Bewilligungen für die vorgesehenen Tätigkeiten im Rahmen des *Projekts* einzuholen, sowie alle darauf anwendbaren Rechtsnormen, insbesondere Sicherheitsvorschriften, einzuhalten. Weiters wird die VGP ausschließlich eigenständig die Sicherung der notwendigen Privatgrundstücke für die Realisierung des *Projektes* – soweit erforderlich – besorgen.
- (2) Sämtliche Arbeiten werden von der VGP oder den von ihr beauftragten Unternehmen möglichst zügig und unter größtmöglicher Schonung der betroffenen bzw. dienenden Grundstücke durchgeführt werden.
- (3) Die VGP verpflichtet sich, alle durch die Ausübung der in Artikel III. und IV. eingeräumten Rechte nachweislich entstandenen, unmittelbaren Schäden zu beseitigen und den ursprünglichen Zustand wiederherzustellen.
- (4) Die unter der Grundoberfläche eingebrachten Einbauten, wie Verkabelungen, Leitungen, Verrohrungen und dergleichen verbleiben im Erdreich. Ausgehobene Gräben und Künetten werden wieder mit Erdreich überdeckt, zeitlich befristete Aufschüttungen von Erdaushub werden wieder abgetragen. Sollte es nach der Stilllegung der *PV-Anlage* erforderlich sein, die vorbezeichneten Einbauten aufgrund von anderen Projekten auf den vertragsgegenständlichen Grundstücken entfernen zu müssen, werden diese Einbauten auf Kosten der VGP entfernt.

- (5) Kosten, die der *Gemeinde* bei der Umsetzung von etwaigen Bescheidaufgaben anfallen, werden von der *VGP* getragen.

ENTWURF

### IX. Vertragsdauer

- (1) Dieser Vertrag tritt mit beidseitiger Unterfertigung in Kraft und wird auf unbestimmte Dauer abgeschlossen. Sollte die jeweils anwendbare Gemeindeordnung einen Genehmigungsvorbehalt für den Abschluss des gegenständlichen Vertrags durch die Aufsichtsbehörde vorsehen, so stellt dieser eine aufschiebende Bedingung für das Inkrafttreten des Vertrags dar.
- (2) Der Vertrag kann von jedem Partner unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von zwölf Monaten zum Ende eines jeden Kalenderjahres durch eingeschriebenen Brief aufgekündigt werden. Für die Rechtzeitigkeit der Kündigung gilt das Datum der Postaufgabe des Kündigungsschreibens, sofern diese im Inland erfolgt. Die Gemeinde verzichtet im Hinblick auf die umfassenden Investitionskosten der VGP und die den Partnern bekannte, geplante Nutzungsdauer der PV-Anlage, jedoch auf die Dauer von 35 Jahren ab Vertragsbeginn, auf das Recht der ordentlichen Kündigung dieses Vertrags.
- (3) Sollten nicht alle für Bau und Betrieb des Projekts notwendigen Bewilligungen oder die gesellschaftsrechtlich notwendigen Genehmigungen für die Errichtung erlangt werden können oder VGP vor Inbetriebnahme der PV-Anlage von einer solchen aus technischen, rechtlichen und/oder wirtschaftlichen Gründen (insb wenn sie nicht oder nur mit einem intern nicht vertretbaren Aufwand umgesetzt werden könnte) Abstand nehmen, ist die VGP berechtigt den Vertrag fristlos mittels eingeschriebenen Briefs zu kündigen, ohne dass dadurch wechselseitige Ansprüche entstünden. Gleiches gilt auch für den Fall, dass die PV-Anlage, aus welchem Grund immer, nach Inbetriebnahme den Betrieb dauerhaft einstellen muss.

### X. Kosten

- (1) Allfällige Kosten und Gebühren, die im Zusammenhang mit dem vertragsgegenständlichen Projekt anfallen, werden ausschließlich von der VGP getragen. Dies umfasst vor allem die Kosten der Errichtung, Vergebührung, Durchführung, Verbücherung und Löschung dieses Vertrages beziehungsweise der Aufsandungserklärung(en).
- (2) Die Kosten, die aus der Beziehung eines Rechtsbeistandes erwachsen, trägt hingegen jeder Partner selbst.

### XI. Datenschutz & Geheimhaltung

- (1) Die Partner beachten bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten die jeweils geltenden datenschutzrechtlichen Vorschriften und schließen die allenfalls notwendigen datenschutzrechtlichen Vereinbarungen ab. Details zu den Datenverarbeitungen der VGP sind der Datenschutzerklärung Allgemein unter [www.verbund.com/datenschutz](http://www.verbund.com/datenschutz) zu entnehmen.
- (2) Die Partner haben den Inhalt des Vertrags, sowie aller im Rahmen des Vertrags ausgetauschten Dokumente und Informationen (sei es in körperlicher, elektronischer oder sonstiger Form) vertraulich zu behandeln, soweit dem nicht der Vertragszweck entgegensteht.
- (3) Dritten gegenüber dürfen sie den Vertrag sowie die vorgenannten weiteren Dokumente und Informationen nur insoweit offenlegen, als dies im Zusammenhang mit rechtlichen, steuerlichen oder wirtschaftlichen Prüfungen der Partner im Zusammenhang mit diesem Vertrag zwingend erforderlich oder behördlich bzw. gesetzlich angeordnet ist.
- (4) Soweit die Partner den Inhalt des Vertrags sowie die vorgenannten weiteren Dokumente und Informationen nach Maßgabe dieses Artikels gegenüber nicht von Berufs wegen zur

Verschwiegenheit verpflichteten Dritten offenlegen, haben sie diese vorab vertraglich zur Verschwiegenheit zu verpflichten.

- (5) Diese Geheimhaltungspflicht gilt nicht für Unterlagen und Informationen, die
- a) nachweislich allgemein bekannt sind oder allgemein bekannt werden, ohne dass dies vom jeweils anderen *Partner* zu vertreten ist oder;
  - b) dem *Partner* nachweislich bereits bekannt waren, bevor sie ihm vom jeweils anderen *Partner* zugänglich gemacht wurden oder;
  - c) dem *Partner* durch einen Dritten bekannt gemacht werden, soweit dem *Partner* nicht bekannt sein musste, dass der Dritte dadurch eine mit dem jeweils anderen *Partner* geschlossene Vertraulichkeitsvereinbarung bricht oder;
  - d) die nach Aufforderung eines Gerichts oder einer Behörde aufgrund einer gesetzlichen Verpflichtung offenbart werden. In diesem Fall ist der *Partner* verpflichtet, den jeweils anderen *Partner* unverzüglich darüber zu informieren.
- (6) Diese Geheimhaltungsvereinbarung endet 12 Monate nach vollständiger Erbringung aller vertragsgegenständlichen Leistungen.

## **XII. Anti-Korruption**

- (1) Die *Partner* bekennen sich zu fairen Geschäftspraktiken und lehnen jede Form von Korruption und Bestechung ab. Aus diesem gemeinsamen Verständnis heraus verpflichten sich die *Partner* zur strikten Einhaltung ihrer jeweils internen Compliance-Vorschriften und der gesetzlichen Antikorruptionsbestimmungen.
- (2) Dementsprechend verpflichten die *Partner* sich und ihre Mitarbeiter im Zusammenhang mit dem Vertragsabschluss, dem Vertragsverhältnis und der Vertragserfüllung, insbesondere keine unzulässigen Vorteile irgendwelcher Art anzubieten, zu versprechen oder zu gewähren bzw zu fordern, sich versprechen zu lassen oder anzunehmen.
- (3) Die *Partner* erwarten, dass sich auch Dritte, deren sie sich bei der Erfüllung dieses Vertrags bedienen, entsprechend verhalten und verpflichten sich, auch auf deren rechtskonformes Verhalten hinzuwirken. Weiters bestätigen die *Partner*, dass der Vertrag ausschließlich im Rahmen ihres Geschäftsbetriebes abgewickelt wird.

## **XIII. Salvatorische Klausel**

- (1) Sollte eine Bestimmung dieses *Vertrags* ungültig oder undurchsetzbar sein oder werden, berührt das nicht die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen.
- (2) An Stelle der unwirksamen Regelung gilt diejenige wirksame Bestimmung als vereinbart, welche nach Sinn und Zweck der unwirksamen Regelung wirtschaftlich am ehesten entspricht.
- (3) Im Fall von Lücken gilt diejenige Bestimmung als vereinbart, die dem entspricht, was nach Sinn und Zweck des *Vertrags* vernünftigerweise vereinbart worden wäre, wenn die Lücke von Anfang an bekannt gewesen wäre.



#### XIV. Schlussbestimmungen

- (1) Dieser *Vertrag* unterliegt ausschließlich österreichischem Recht unter Ausschluss des internationalen Privatrechts und des UN-Kaufrechts. Erfüllungsort ist Wien.
- (2) Die *Partner* verpflichten sich, sämtliche Rechte und Pflichten aus diesem *Vertrag* an etwaige Rechtsnachfolger vollständig zu überbinden. Weiters stimmt die *Gemeinde* schon jetzt unwiderruflich auch einer mehrfachen Übertragung sämtlicher vertragsgegenständlicher Rechte und Pflichten der *VGP* an ein anderes mit ihr im Konzern verbundenes Unternehmen zu, an dem die VERBUND AG (un)mittelbar eine Beteiligung im Sinne des § 189a Z 2 UGB hält.
- (3) Sämtliche Änderungen und Ergänzungen dieses *Vertrags* bedürfen der Schriftform und sind nur dann gültig, wenn sie in einer von allen *Partnern* unterfertigten Urkunde vorgenommen werden. Von diesem Formerfordernis kann nur schriftlich abgegangen werden. Mündliche Nebenabreden wurden keine getroffen.
- (4) Beide *Partner* verzichten auf das Recht, diesen *Vertrag* wegen Verkürzung über die Hälfte des wahren Wertes, Irrtums oder sonst einem anderen Grunde anzufechten oder Anpassung zu begehren.
- (5) Zur Entscheidung über sämtliche Streitigkeiten über das Zustandekommen, die Gültigkeit oder die Rechtswirkungen dieses *Vertrags*, ist ausschließlich das sachlich in Betracht kommende Gericht in Handelssachen für Wien, Innere Stadt zuständig.
- (6) Jeder *Partner* erhält eine Originalurkunde dieses *Vertrags*. Diesem ist folgende Anlage beigefügt, die einen integrierenden Bestandteil des *Vertrags* darstellen:

- [Unterschriftsseite folgt] -

VERBUND Green Power Österreich GmbH

..... am .....

.....  
Dipl.-Ing. Mag. Lisa CSENAR  
(Geschäftsführer)

.....  
MMag. Dr. Gustav KREMPL  
(Geschäftsführer)

Gemeinde .....,

ebendort am .....

auf Grund des Gemeinderatsbeschlusses vom ..... mit der Zahl .....

.....  
(Bürgermeister)

.....  
Siegel



VERBUND Green Power Österreich GmbH, Am Hof 6a, 1010 Wien, Österreich

An den  
**Gemeinderat Marktgemeinde Grafenstein**  
Marktgemeinde Grafenstein  
ÖR-Valentin-Deutschmann Platz 1  
9131 Grafenstein

Wien, 23.6.2025

## **Betreff: PV-Annabrücke – Mehrwert für die Gemeinde**

Sehr geehrte Mitglieder des Gemeinderats,  
Sehr geehrter Herr Bürgermeister Mag. Deutschmann,

bei mehreren Gelegenheiten konnten wir das PV-Projekt Annabrücke umfassend vorstellen. In diesen Begegnungen war es uns immer ein besonderes Anliegen, die lokale Bevölkerung und Sie, als Bürgermeister und die Mitglieder des Gemeinderats, aktiv in unser Vorhaben einzubeziehen. Diese Bemühungen sind vom Gedanken getragen, dass jene Regionen, die einen Beitrag zur Energiewende leisten, auch von den Vorteilen der erneuerbaren Energien profitieren sollen.

Unser Ziel ist es, die nachhaltige Nutzung von Solarenergie nicht nur voranzutreiben, sondern insbesondere Ihrer Gemeinde die Möglichkeit zu geben, direkt von dem produzierten Strom zu profitieren. Um dies zu realisieren, haben wir konkrete Beteiligungsmöglichkeiten für die Bürger:innen der Marktgemeinde Grafenstein entwickelt. Nachfolgend werden die Beteiligungsmöglichkeiten Bürger:innen der Marktgemeinde Grafenstein festgehalten:

### **1. Bürgerstrommodell**

Im Sommer 2024 wurde der Gemeinde Grafenstein das „Bürgerstrommodell“ präsentiert. Die Bürger:innen der Marktgemeinde Grafenstein haben die Möglichkeit zu einem Preis von 8,9 Cent/kWh (exkl. Steuern und Netzegebühren) für bis zu 3.500 kWh/Jahr und einer Laufzeitgarantie von 20 Jahren ab Inbetriebnahme Strom zu beziehen.

Für dieses Angebot bieten wir eine Garantie von mindestens 20 Jahren ab Inbetriebnahme.

## 2. Klimasparen

Im Sommer 2024 wurde im Gemeindeamt das "Klimasparen" präsentiert, das Bürger:innen die Möglichkeit bietet, sich direkt an der Energiewende zu beteiligen. Dieses Paket funktioniert ähnlich wie ein Bausparer und steht allen Personen mit Hauptwohnsitz in der Gemeinde Grafenstein offen. Bürger:innen können bis zu 5.000 € in das Projekt investieren, die Laufzeit beträgt 5 Jahre. Nach Ablauf dieser Laufzeit erfolgt die Rückvergütung der Investitionssumme zu einem Zinssatz von ca. 3,5% (abhängig vom aktuellen Zinssatz). Das Mehrwertpaket wird in Kooperation mit einer lokalen Bank abgewickelt und verfolgt ein Investitionsvolumen von 10-15% der Projektkosten. Der Auflagezeitpunkt ist mit der Inbetriebnahme des Projekts.

Wir sind davon überzeugt, dass wir gemeinsam eine positive Veränderung für Ihre Region herbeiführen können und freuen uns darauf, mit Ihnen das Projekt in Grafenstein zu realisieren.

Mit freundlichen Grüßen

**Verbund**

Herbert Putsche, 25.06.2025 13:27  
Freigegeben

**Mag. Herbert Putsche**  
Prokurist  
VERBUND Green Power Österreich GmbH



Gustav Karl Heinrich Krempel, 25.06.2025 13:06  
Unterscrieben

**MMag. Dr. Gustav Krempel**  
Geschäftsführer  
VERBUND Green Power Österreich GmbH

### **Antrag:**

*Der Bürgermeister stellt den Antrag auf Genehmigung der vorstehenden Vereinbarung.*

**Abstimmung: einstimmig**

## 10. Umwidmungen

### Photovoltaikanlage in Saager“; Antrag 7/2024“

- 7a/2024 Umwidmung von Teilflächen der Grundstücke Nr. 192, 193/2, 350/2, 474/14, 474/15 und 474/20, alle KG 72163 Saager im Gesamtausmaß von ca. 18.012 m<sup>2</sup> von bisher „**Grünland – Fischzuchtanlage**“ in „**Grünland – Photovoltaikanlage**“
- 7b/2024 Umwidmung einer Teilfläche des Grundstückes Nr. 224/4, KG 72163 Saager im Ausmaß von ca. 21.988 m<sup>2</sup> von bisher „**Grünland- Für die Land- und Forstwirtschaft bestimmte Fläche, Ödland**“ in „**Grünland – Photovoltaikanlage**“

Umwidmung wurde im Zeitraum vom 5.02.2025 bis 5.03.2025 kundgemacht:

Seitens der Abteilung 15 – Fachliche Raumordnung beim Amt der Kärntner Landesregierung wurde grundsätzlich im Zuge der Vorprüfung eine positive Stellungnahme abgegeben.

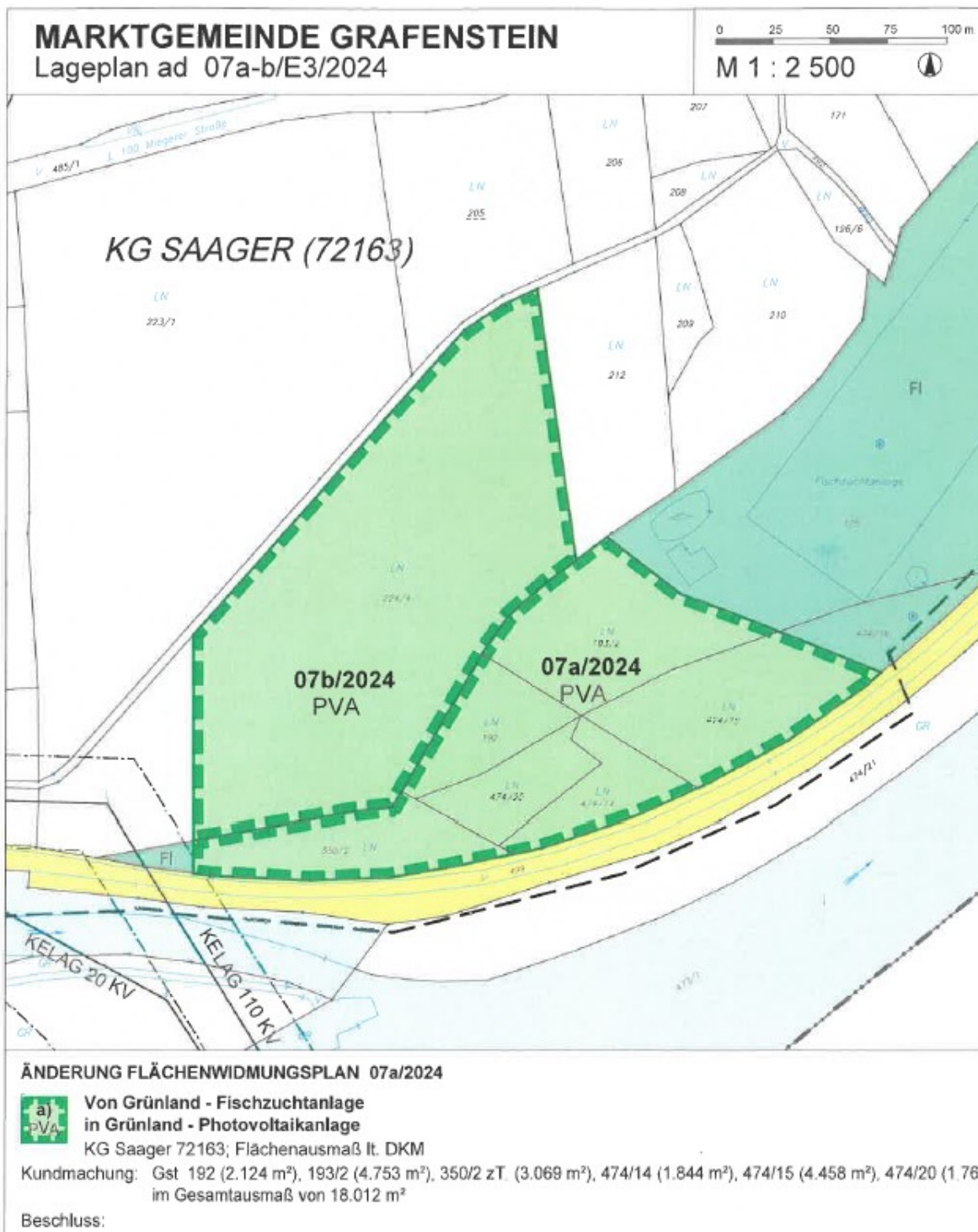
Als Voraussetzung für die Umwidmung wurden durch die Abteilung 15 folgende Fachgutachten gefordert:

- Abteilung 8 – UA SE – Schall- und Elektrotechnik
- Abteilung 8 – UA Nsch – Naturschutz
- Kärntner Jägerschaft
- KELAG Netz GmbH.

Das Fachgutachten der Abteilung 8 – UA Nsch- Naturschutz (Mag. Edgar Lorenz) ist noch ausständig.

Mit Herrn Mag. Edgar Lorenz wurde für Montag, den 16. Juni 2025, um 8.30 Uhr beim Gemeindeamt ein Besichtigungstermin fixiert. Die schriftliche Stellungnahme soll bis zur Gemeinderatssitzung möglich sein.

Im Zuge der Vorprüfung wurde von der Abteilung 15 hingewiesen, dass die Gemeinde eine privatrechtliche Vereinbarung hinsichtlich der Errichtung und des Abbruchs der geplanten PV-Anlage abschließen sollte.



### Antrag:

Der Bürgermeister stellt den Antrag auf Zustimmung der Umwidmung vorbehaltlich der Genehmigung durch die Abt. 15 des Amtes der Kärntner Landesregierung.

**Abstimmung: einstimmig**

## 11. Grundstücksverkäufe

Hr. Vzbgm. Egger informiert in seiner Funktion als Referent:

- Gewerbepark Grafenstein Süd
  - Verkauf der Parzelle 107/21, KG 72190 3860m<sup>2</sup>
  - Verkauf der Parzelle 107/22, KG 72190 2694m<sup>2</sup>

Aufgrund der Anpassung des VPI beläuft sich der Grundstückspreis im Gewerbepark per April 2025 auf € 45,55 je m<sup>2</sup>

Die Verträge sind in Ausarbeitung.



### Antrag:

Der Gemeinderat stimmt den Verkauf der Parzellen 107/21 im Ausmaß von 3860m<sup>2</sup> und 107/22 im Ausmaß von 2694m<sup>2</sup> wie im Teilungsplan Gz.: 1553/25 der Vermessungskanzlei Kraschl&Schmuck ZT GmbH, 9061 Klagenfurt zu.

**Abstimmung: einstimmig**

- **Anfrage Dr. Gugganeder Grundstückskauf**

Hr Vzbgm. Egger teilt mit, dass Fr. Dr. Gugganeder Interesse bekundet hat ein Grundstück im Gewerbepark zu kaufen.

Aus diesem Grund wurde beim Amt der Kärntner Landesregierung angefragt, ob eine Errichtung einer Zahnarztpraxis im Gewerbepark zulässig sei, welche seitens des Landes negativ beantwortet wurde. Begründet wurde dies mit den Emissionen der anderen Betriebe, die den Betrieb der Zahnarztpraxis stören könnten.

Der Gemeinderat nimmt diese Information zur Kenntnis.

Hr Bgm. ÖR Mag. Deutschmann teilt mit:

- **Untergrafenstein – Wegstreifen**

Im Bereich Untergrafenstein wurde seitens des Gemeinderates im Jahr 2021 der Beschluss gefasst, sollten die Anrainer einen Teil des angrenzenden vorgesehenen Parallelweges erwerben wollen, können sie dies zum festgehaltenen Preis von € 8,-- je m<sup>2</sup> indexiert auf den VPI 2020 Stand April 2021 erwerben zuzüglich der anteiligen Vermessungskosten von € 150,-- je Parzelle.

Die Parzelle 220/18 wurde nunmehr verkauft und die neuen Eigentümer wollen auch die angrenzende Parzelle 220/25 erwerben.

**Antrag:**

*Der Gemeinderat der Marktgemeinde Grafenstein stimmt den Verkauf der Parzelle 220/25, KG 72113 wie im vorstehenden Vertragsentwurf zu.*

**Abstimmung: einstimmig**

- **Veräußerung der Wegparzelle 433/3, KG Replach**

**Antrag:**

*Der Gemeindevorstand stellt aufgrund des einstimmigen Sitzungsbeschlusses vom 17.6.2025 den Antrag auf Veräußerung der Parzelle 433/3, KG Replach. Als Preis ist der festgelegte Preis von € 10,02 je m<sup>2</sup>(wie im Bereich Untergrafenstein) vorgesehen. Sämtliche Kosten sind vom Käufer zu tragen.*

**Abstimmung: mehrheitlich**

## 12. Abschluss von Mietverträgen

Die Fa. MZK Global GmbH hat seit April 2024 im 1. OG des Gebäudes Klopeiner Str. 4 Räumlichkeiten angemietet. Mit Beginn 2025 war der Bedarf für weitere Räumlichkeiten gegeben, sodass nunmehr die nachstehende Anpassung zum Mietvertrag ansteht.

### **Antrag:**

*Der Gemeindevorstand stellt aufgrund des einstimmigen Sitzungsbeschlusses vom 17.6.2025 den Antrag auf Genehmigung des vorstehenden Nachtrages zum Hauptmietvertrag zu stellen.*

### **Abstimmung: einstimmig**

## 13. Öfiber-Glasfaserausbau

Die Ausbauarbeiten im Ortszentrum Grafenstein sind bautechnisch seitens der Baufirma so weit abgeschlossen, dass die Glasfaserleitungen größtenteils eingeblasen werden könnten.

Die Rekultivierungsarbeiten sowie Straßeninstandsetzungen und Bankette Herstellung sind noch zu finalisieren.

Der Anschlussgrad seitens der Hausbesitzer ist laut Öfiber zufriedenstellend und liegt etwas über den üblichen vergleichbaren Projekten.

Bei einer Besprechung mit dem Projektleiter David Pototschnig, bei welcher er seinen Nachfolger Herrn Christian Trügler vorgestellt hat, war auch die Thematik „Weiterausbau Grafenstein“ aufgrund der seitens der Bundesregierung bekanntgegebenen Einsparmaßnahmen auf der Tagesordnung. Eine weitere Zusicherung von Fördermitteln ist noch ausständig und die Öfiber hat diesbezüglich noch keine weiteren Ausbauszenarien angedacht.

Der Gemeinderat nimmt diese Information zur Kenntnis.



## 14. Ländliches Wegenetz-Ausbau Verbindungsstraße Truttendorf – Oberfischern

Die Verbindungsstraße Aich – Oberfischern – Schloß Rain wird im Rahmen des ländlichen Wegenetzes seitens der Abt. 10 Agrartechnik betreut und unterstützt.

Die Notwendigkeit der Sanierung und Instandsetzung wurde festgestellt.

Eine Kostenschätzung für den ersten Abschnitt (Truttendorf-Aich) wurde mit € 300.000,-- berechnet und eine Förderung von 40% seitens des Landes wurde zugesichert.

Der Finanzierungsplan lautet wie unter TOP 6 vorgeschlagen:

Ausgaben: Euro

Sanierung Straße	300.000,00
------------------	------------

Einnahmen:

KIG 2023	76.000,00
----------	-----------

ÖBB (Erhaltungskosten, Ablösen)	136.000,00
---------------------------------	------------

Landesförderung	88.000,00
-----------------	-----------

### **Antrag:**

*Der Gemeindevorstand beschließt in der nächsten Sitzung des Gemeinderates den Antrag auf Umsetzung der Straßenbaumaßnahmen durch die Abt.10 Agrartechnik zu stellen.*

### **Abstimmung: einstimmig**





## 15. Übernahme/Abtretung von Grundstücken in/aus Öffentlichem Gut

- **Fertigstellung L87**

Bezugnehmend auf die Feststellung des Ergebnisses der Ausbauarbeiten der L87 im Bereich Oberwuchel und der vorgelegten Vermessungspläne der Sammer & Sammer Ziviltechniker GmbH, GZ. 8464T/24 und GZ. 8464R/24 der darin festgehaltenen Zu- und Abschreibung von Trennstücken bedarf es der Zustimmung und Vorlage des Beschlusses des Gemeinderates der Marktgemeinde Grafenstein.



### MARKTGEMEINDE GRAFENSTEIN

Bezirk Klagenfurt-Land

9131 Grafenstein, ÖR-Valentin-Deutschmann-Platz 1

Tel: 04225/2220, Fax: 04225/2220-20

e-mail: grafenstein@ktn.gde.at

---

### Verordnung

des Gemeinderates der Marktgemeinde Grafenstein, vom 26.06.2025, AZ.: 004-1/2/2025 mit welcher die in den Vermessungsurkunden der Sammer & Sammer Ziviltechniker GmbH, Auergasse 9, 9020 Klagenfurt, GZ. 8464T/24 und GZ. 8464R/24, vom 10.02.2025, ausgewiesenen Teilflächen in das öffentliche Gut aufgenommen bzw. als öffentliches Gut aufgelassen werden.

Gemäß §§ 3, 5 und 22 des *Kärntner Straßengesetzes 2017 – K-StrG 2017*, LGBI. 8/2017, in Verbindung mit den Bestimmungen der *Kärntner Allgemeinen Gemeindeordnung – K-AGO*, LGBI. 66/1998, in der Fassung LGBI. 80/2019, wird verordnet:

#### § 1

Die Trennstücke werden wie in den Teilungsplänen GZ. 8464T/24 und GZ. 8464R/24, vom 10.02.2025, als öffentliches Gut (Weg) aufgelassen und den angrenzenden EZ zugeschrieben bzw. in das öffentliche Gut übernommen.

#### § 2

Diese Verordnung tritt mit Ablauf des Tages in Kraft, an dem sie angeschlagen worden ist.

Der Bürgermeister:

ÖR Mag. Stefan Deutschmann

Angeschlagen am:

Abgenommen am:

**Antrag:**

*Der Gemeindevorstand stellt aufgrund des einstimmigen Beschlusses vom 17.6.2025 den Antrag auf Abtretung bzw. Übernahme von Flächen wie in den Teilungsplänen der Sammer & Sammer Ziviltechniker GmbH, GZ. 8464T/24 und GZ. 8464R/24 ausgewiesen, zu stellen. Sowie die Erlassung einer Verordnung.*

**Abstimmung: einstimmig**

## 16. Allgemeines

- **Besprechung bei LR Fellner**
- **Urnenversorgungsstelle**
- **Altfahrzeug FF- Verkauf Öli**
- **TSV Grafenstein – Aufstieg Kärntner Liga**
- **Spatenstichfeier Wohnprojekt Kaiserallee**
- **Konzert des Musikvereins**
- **RC Panaceo KAC Radkriterium**
- **Slow-Food Village**

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr fallen, bedankt sich Hr. Bgm. ÖR Mag. Deutschmann für die konstruktive Mitarbeit und schließt die Sitzung.

Ende: 20:30 Uhr

Die Schriftführerin:

Der Bürgermeister:

Andrea Schnögl

ÖR Mag. Stefan Deutschmann

Die Protokollfertiger:

Johann Karner

Jürgen Lassnig